Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL

documenta-Stadt

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Kassel, 14.05.2008

Niederschrift

über die 27. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 07.05.2008, 17.00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1.	Umsetzung des Konzepts Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf	101.16.881
2.	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung) der Stadt Kassel vom 13.11.1995 in der Fassung der Vierten Änderung vom 13.12.2004 (Fünfte Änderung)	101.16.897
3.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2008; - Kenntnisnahme Liste IV/2008 -	101.16.907
4.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2008; - Kenntnisnahme Liste A/2008 -	101.16.908
5.	Zwangsversteigerung und Verlust von Fördermitteln	101.16.875
6.	Umsetzung des Konzeptes Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf	101.16.917

1. Stellvertretender Vorsitzender Lewandowski eröffnet die mit der Einladung vom 29.04.2008 ordnungsgemäß einberufene 27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte 1 und 6 werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufgerufen, wobei Tagesordnungspunkt 6 zuerst zur Beantwortung aufgerufen wird.

1. Stellvertretender Vorsitzender Lewandowski stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

6. Umsetzung des Konzeptes Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.917 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Aus welchen Gründen ist die noch in der Vorlage für den Jugendhilfeausschuss benannte Kofinanzierung bei der Umsetzung des Konzeptes Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf (Vorlage Nr. 101.16.881) durch die AFK nicht mehr vorgesehen ?
2. Wie wirkt sich die Übergabe der Verantwortlichkeit für das Programm auf die JAFKA gGmbH im Hinblick auf die Rechte und Pflichten der MitarbeiterInnen aus ?

2.1. Wie sehen die alten und neuen Vertragslaufzeiten aus ?
2.2. Gibt es Änderungen (Erhöhungen bzw. Absenkungen) durch andere Besoldungsgrundlagen (unterschiedliche TVÖD-Berechnungen / Haustarife) ?
2.3. Wie wirkt sich die Übergabe der EIBE-Stellen an die JAFKA gGmbH bei den Personalkosten aus ?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage und weitere Fragen den Ausschussmitglieder.

Die Anfrage ist beantwortet.

1. Umsetzung des Konzepts Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf
Vorlage des Magistrats
- 101.16.881 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Das beiliegende Konzept „Kasseler Übergangsmanagement Schule – Beruf“ wird zum Beginn des Schuljahres 2008/09 umgesetzt .

2. Die bisher in der der Fachstelle Jugendberufshilfe des Jugendamtes vorhandenen 1,5 Vollzeitstellen und eine Vollzeitstelle des Kommunalen Jugendbildungswerks werden zur Umsetzung dieses Konzeptes herangezogen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung hebt den Beschluss Nr. 1712 vom 12.12.2005 , „Nulltarifausweis“ für arbeitslose Jugendliche auf und stellt die Sachmittel für die Gewährung des Nulltarifausweises für das Übergangsmanagement zur Verfügung.

4. Der Magistrat übergibt die Koordinierung der sozialpädagogischen Betreuung von EIBE (Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt des Hessischen Kultusministeriums in Kooperation mit dem Europäischen Sozialfonds) in den Berufsschulen an JAFKA gGmbH. Die Oskar-von-Miller-Schule wird diese Betreuung im Rahmen des Projektes Selbstverantwortung Plus selbst durchführen.

5. Der Magistrat wird beauftragt mit der kommunalen Ausbildungs- und Qualifizierungs-gesellschaft JAFKA gGmbH einen Kooperationsvertrag zur Umsetzung des Übergangsmanagements abzuschließen, der auch die Einbeziehung und Inanspruchnahme von Fördermitteln aus dem Bund – Länderprogramm Soziale Stadt ermöglicht.

6. Gem. 114 g Abs.1 HGO beschließt die Stadtverordnetenversammlung in 2008 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 106.000 € bei Kostenstelle 510 00 212 – Jugendbildung + Kinderinteressen -, Sachkonto 791 110 000 – Zuschüsse für lfd. Zwecke an soziale und ähnl. Einrichtungen -.
   Deckungsmittel stehen wie folgt zur Verfügung:
   50.000 € bei Kostenstelle 510 00 220, Sachkto. 799 100 000 (Zuschuss Übergang Schule-Beruf)
   14.000 € bei Kostenstelle 510 00 312, Sachkto. 784 361 100 (bisher Nulltarifausweis)
   42.000 € bei Kostenstelle 500 00 604, Sachkto. 784 311 200 (mögliche Minderausgaben bei der Hilfe zur Arbeit SGB II).

- **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der vorliegende Beschlussvorschlag der Magistratsvorlage wird um folgenden Punkt ergänzt:
7. Der Magistrat berichtet jährlich und strebt eine Evaluation an.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Umsetzung des Konzepts Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf, 101.16.881, wird **zugestimmt**.

Stadtverordneter Boeddinghaus bringt für die Fraktion Kasseler Linke.ASG einen Änderungsantrag ein.

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Als weiterer Punkt wird in die Vorlage eingefügt:

Mit dem ersten Bericht über die Umsetzung wird ein Konzept und Finanzplan für die Ausweitung des Angebots auf die Förderschulen, die Schulen mit dem Bildungsgang Hauptschule (Heinrich-Schütz-Schule, Reformschule) und die Beruflichen Schulen vorgelegt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Umsetzung des Konzepts Kasseler Übergangsmanagement
Schule - Beruf, 101.16.881, wird **abgelehnt**.

- **Durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Das beiliegende Konzept „Kasseler Übergangsmanagement Schule – Beruf“ wird zum Beginn des Schuljahres 2008/09 umgesetzt .

2. Die bisher in der der Fachstelle Jugendberufshilfe des Jugendamtes vorhandenen 1,5 Vollzeitstellen und eine Vollzeitstelle des Kommunalen Jugendbildungswerks werden zur Umsetzung dieses Konzeptes herangezogen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung hebt den Beschluss Nr. 1712 vom 12.12.2005 , „Nulltarifausweis“ für arbeitslose Jugendliche auf und stellt die Sachmittel für die Gewährung des Nulltarifausweises für das Übergangsmanagement zur Verfügung.

4. Der Magistrat übergibt die Koordinierung der sozialpädagogischen Betreuung von EIBE (Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt des Hessischen Kultusministeriums in Kooperation mit dem Europäischen Sozialfonds) in den Berufsschulen an JAFKA gGmbH. Die Oskar-von-Miller-Schule wird diese Betreuung im Rahmen des Projektes Selbstverantwortung Plus selbst durchführen.

5. Der Magistrat wird beauftragt mit der kommunalen Ausbildungs- und Qualifizierungs-gesellschaft JAFKA gGmbH einen Kooperationsvertrag zur Umsetzung des Übergangsmanagements abzuschließen, der auch die Einbeziehung und Inanspruchnahme von Fördermitteln aus dem Bund – Länderprogramm Soziale Stadt ermöglicht.

6. Gem. 114 g Abs.1 HGO beschließt die Stadtverordnetenversammlung in 2008 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 106.000 € bei Kostenstelle 510 00 212 – Jugendbildung + Kinderinteressen -, Sachkonto 791 110 000 – Zuschüsse für lfd. Zwecke an soziale und ähnl. Einrichtungen -.
   Deckungsmittel stehen wie folgt zur Verfügung:
   50.000 € bei Kostenstelle 510 00 220, Sachkto. 799 100 000 (Zuschuss Übergang Schule-Beruf)
   14.000 € bei Kostenstelle 510 00 312, Sachkto. 784 361 100 (bisher Nulltarifausweis)
   42.000 € bei Kostenstelle 500 00 604, Sachkto. 784 311 200 (mögliche Minderausgaben bei der Hilfe zur Arbeit SGB II).

7. **Der Magistrat berichtet jährlich und strebt eine Evaluation an.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Umsetzung des Konzepts Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf, 101.16.881, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hartig

2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung) der Stadt Kassel vom 13.11.1995 in der Fassung der Vierten Änderung vom 13.12.2004 (Fünfte Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.897 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung) der Stadt Kassel vom 13.11.1995 in der Fassung der Vierten Änderung vom 13.12.2004 (Fünfte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Stadtkämmerer Dr. Barthel und Oberbürgermeister Hilgen beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP
Ablehnung: CDU
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung) der Stadt Kassel vom 13.11.1995 in der Fassung der Vierten Änderung vom 13.12.2004 (Fünfte Änderung), 101.16.897, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schmidt

3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO für das Jahr 2008; - Kenntnisnahme Liste IV/2008 -
Vorlage des Magistrats
- 101.16.907 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste IV/2008 gemäß § 114 g Abs. 1 Ziffer 1 HGO bewilligten Aufwendung/Auszahlung
im Finanzhaushalt in Höhe von 39.500,00 €
Kenntnis zu nehmen.

Zur Kenntnis genommen

4. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2008; - Kenntnisnahme Liste A/2008 -
Vorlage des Magistrats
- 101.16.908 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

von der in der beigefügten Liste A/2008 gemäß § 114 g Abs. 1 HGO bewilligten über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung
im Finanzhaushalt in Höhe von 500,00 €
Kenntnis zu nehmen.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Zur Kenntnis genommen

5. Zwangsversteigerung und Verlust von Fördermitteln
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.875 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen sind in Kassel zum 01.01.2008 im Vergleich zum 01.01.1998 vorhanden?

2. Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen sind infolge von Zwangsversteigerungsverfahren vorzeitig aus der Bindung herausgefallen?

3. Welche Fördermittel sind im Zehnjahreszeitraum von der Stadt Kassel eingesetzt worden, wie viele von Seiten des Landes?

4. Sind Fördermittel durch Zwangsversteigerungsverfahren verloren gegangen?

5. Wenn ja, in welcher Höhe für die Stadt Kassel und das Land Hessen?

6. Nach welchen Kriterien erfolgt die Vergabe von Fördermitteln an Investoren?

7. Findet eine regelmäßige Prüfung dieser Kriterien nach Erfahrungen aus Zwangsversteigerungsverfahren statt?

Stadtbaurat Witte beantwortet die Fragen der Stadtverordneten. Auf Vorschlag von Stadtverordneten Rönz wird er die Antworten schriftlich zu Protokoll geben.

Die Anfrage ist beantwortet.

Ende der Sitzung: 17.54 Uhr

Georg Lewandowski
1. Stellv. Vorsitzender

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 27. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
Wirtschaft und Grundsatzfragen am
Mittwoch, 07.05.2008, 17.00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Jürgen Kaiser, SPD Vorsitzender	i.V.
Georg Lewandowski, CDU 1. Stellvertretender Vorsitzender	
Gernot Rönz, B90/Grüne 2. Stellvertretender Vorsitzender	
Uwe Frankenberger, SPD Mitglied	
Petra Friedrich, SPD Mitglied	
Christian Geselle, SPD Mitglied	i.V.
Dr. Bernd Hoppe, SPD Mitglied	
Gabriele Jakat, SPD Mitglied	i.V.
Manfred Merz, SPD Mitglied	
Dr. Günther Schnell, SPD Mitglied	
Bernd-Peter Doose, CDU Mitglied	
Eva Kühne-Hörmann, CDU Mitglied	i.V.
Lutz Schmidt, CDU Mitglied	
Dr. Norbert Wett, CDU Mitglied	
Karin Müller, B90/Grüne Mitglied	

Karl Schöberl, B90/Grüne
Mitglied

Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG
Mitglied

Frank Oberbrunner, FDP
Mitglied

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete — entschuldigt

Metin Öztürk,
Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister

Thomas-Erik Junge, CDU
Bürgermeister — entschuldigt

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin

Norbert Witte, CDU
Stadtbaurat

Schriftführung

Nicole Schmidt,
Schriftführerin

Edith Schneider,
-16-

Anwesenheitsliste zur
27. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vom 07.05.2008 Seite 2

Verwaltung/Gäste

Saupe-Klinger -20-

Wittig -11-

Pahus -64-

Wendel -51-

Koch -10-

Anwesenheitsliste zur
27. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen vom 07.05.2008 Seite 3

STADT KASSEL

documenta-Stadt

Magistrat

Dezernat Verkehr, Umwelt,
Stadtentwicklung und Bauen

Stadt Kassel · 34112 Kassel

Telefon (05 61) 7 87 - 12 80

Telefax (05 61) 7 87 - 22 16

Kassel, 16. 05. 2008

KASSEL GEWINNT

An
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Jürgen Kaiser

über

Herrn Oberbürgermeistern
Bertram Hilgen

im Hause

Büro des Oberbürgermeisters
Eing.: 20. MAI 2008

Einverstanden / Kenntnis genommen:
20. MAI 2008
(Hilgen)
Oberbürgermeister

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 23. MAI 2008
Bd. Hefte Anl.

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 07.05.2008
Top 5: Zwangsversteigerung und Verlust von Fördermitteln, Vorlage-Nr. 101.16.875

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

beigefügt übersende ich wie in der Sitzung zugesagt, die schriftliche Beantwortung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Zwangsversteigerung und Verlust von Fördermitteln".

o Fraktion
o Fraktionsmitglieder

Mit freundlichem Gruß

Norbert Witte
Stadtbaurat

20. 05. 08

Anlage

08.05.2008
Frau Pähns
Tel. 1234

- VI -

Dezernat VI
Eing.: 13. MAI 2008
Anl. .....

Vorlage Nr. 101.16.875, Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Zwangsversteigerung und Verlust von Fördermitteln

1. Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen sind in Kassel zum 01.01.2008 im Vergleich zum 01.01.1998 vorhanden?

1.01.1998	13.636 Wohnungen
1.01.2008	9.416 Wohnungen

2. Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen sind infolge von Zwangsversteigerungsverfahren vorzeitig aus der Bindung gefallen?

   Im Jahr 2007 wurden insgesamt 49 Wohnungen zwangsversteigert. Die Wohnungen bleiben noch 3 Jahre nach der Zwangsversteigerung in der Bindung (bis Ende 2010). Es handelt sich um Objekte, die in den Programmjahren 1986 und 1993 gefördert wurden.

3. Welche Fördermittel sind im Zehnjahreszeitraum von der Stadt Kassel eingesetzt worden, wie viele von Seiten des Landes?

   Von 1989 bis 2007 sind insgesamt 4.551 Wohnungen (Mietwohnungsbau, Eigentumsförderung und Modernisierung) mit Fördermitteln errichtet worden.
   Von 1998 bis 2007 sind 1.450 Wohnungen gefördert worden.

   Für die 1.450 Wohnungen wurden in den Jahren von 1998 bis 2007, weitgehend als Darlehen, folgende Fördermittel bewilligt:

Land Hessen	35,6 Mio. €	(1989 – 2007 168,4 Mio. €)
Stadt Kassel	7,7 Mio. €	(1989 – 2007 31,5 Mio. €)

4. Sind Fördermittel durch Zwangsversteigerungsverfahren verloren gegangen?

   Die Forderungen aus den Darlehensverträgen bestehen nach der Zwangsversteigerung weiter, lediglich die Sicherheit durch die Grundbucheintragung ist nicht mehr gegeben. Die Realisierung der Forderung ist von den zukünftigen finanziellen Verhältnissen der Schuldner abhängig.

5. Wenn ja, in welcher Höhe für die Stadt Kassel und das Land Hessen?

   Die Forderungen der Stadt Kassel aus 2 Förderobjekten betragen insgesamt rund 700.000 €.
   Die Forderungen des Landes Hessen sind nicht bekannt. Die LTH hat mit Hinweis auf das Bankgeheimnis keine Auskünfte erteilt.

6. Nach welchen Kriterien erfolgt die Vergabe von Fördermitteln an Investoren?

   Die Landestreuhandstelle Hessen der Landesbank Hessen-Thüringen prüft als bewilligende Stelle die Anträge und erteilt die Förderzusagen. Von den Investoren ist ein förmlicher Förderantrag zu stellen. U. a. ist die Bonität des Investors und die Wirtschaftlichkeit des Objektes nachzuweisen. Gefördert werden Baumaßnahmen, die die technischen Anforderungen an Wohnraum erfüllen. Die geförderten Wohnungen unterliegen einer Belegungs- und Mietpreisbindung.

   Grundlage für die Vergabe von Fördermitteln sind die Richtlinien des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 20. Februar 2003 (veröffentlicht im Staatsanzeiger für das Land Hessen 13/2003, S. 1346, mit eingearbeiteten Änderungen vom 19. Januar 2004, veröffentlicht im StAnz. 5/2004, S. 628, und vom 28. Juni 2007, veröffentlicht im StAnz. 29/2007, S. 1394) bzw. die entsprechenden Vorgängervorschriften.

7. Findet eine regelmäßige Prüfung dieser Kriterien nach Erfahrungen aus Zwangsversteigerungen statt?

   Die Kriterien werden von der LTH, auch unabhängig von Zwangsversteigerungsverfahren, überprüft und optimiert.
   Auch die Kontrolle der wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauherren obliegt der Landestreuhandstelle Hessen und wird von dort regelmäßig überprüft.

Steinbach